

## Zwei Atombomben und ein neues Zeitalter

Zu: „Hiroshimas Bürgermeister befürchtet Atomkrieg“ u. „Zurück zur Abrüstung“, FR-Politik vom 7.8. u. -Meinung vom 2.8.

### Die „Methode Krieg“ muss ersetzt werden

Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August und 9. August 1945 waren die bislang einzigen Einsätze von Atomwaffen in einem Krieg. Die Explosionen töteten insgesamt etwa 100 000 Menschen sofort – fast ausschließlich Zivilisten und Zwangsarbeiter. An Folgeschäden starben bis Ende 1945 weitere 130 000 Menschen. Das nackte Entsetzen diktierte den Schöpfern der Charta der Vereinten Nationen das Gelübde in die Feder: Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Kriegs zu bewahren, wollen zu diesem Zwecke – friedlich – zusammenarbeiten!

Dann tanzte Josef Stalin mit seinem Traum von der Weltrevolution aus der Reihe der Gutwilligen und es begann der „Kalte Krieg“. Bald hatte auch Stalin die Atombombe. Es begann das Wettrüsten, und alle schlechten Manieren, die zum Zweiten Weltkrieg geführt haben, flammten wieder auf. Der Atombombenvorrat hat sich inzwischen vervielfacht: Russland: 6500, USA: 6185, Frankreich: 300, China: 290, Großbritannien: 200, Pakistan: 155, Indien: 135, Israel: 85, Nordkorea: 25.

Abschreckung führt zu gar nichts, denn der Bedrohte wird mit einer noch größeren – und teureren – Gegenabschreckung reagieren und damit im ungünstigsten Falle eine Eskalation bis zur Schwelle des Atomkrieges auslösen – oder sie überschreiten! Wir, die Menschheit, können einem Atomkrieg nur dadurch mit Sicherheit entgegen, dass wir unsere politischen Führer beauftragen, auf der Basis eines abzuschließenden internationalen Vertrages die „Methode Krieg“ durch eine in das internationale Recht einzuführende gewaltfreie Methode zur Lösung internationaler Konflikte zu ersetzen, deren Anwendung von ei-

nem politische Moderator oder Mediator oder „Konfliktlösungssteuerer“ geleitet wird.

Otfried Schrot, Ronnenberg

### Maas könnte den Worten Taten folgen lassen

Im letzten Absatz des Gastbeitrags von Heiko Maas heißt es: „unser Ziel ... eine Welt ohne Atomwaffen“. Die Atomwaffenstaaten haben fast 14 000 nukleare Sprengköpfe. Kein Wort davon, dass in Büchel/Eifel etwa 20 Sprengköpfe lagern. Wenn diese Tatsache überhaupt in der Außenpolitik Erwähnung findet, dann quasi entschuldigend, dass uns die Hände gebunden sind als Nato-Mitgliedsstaat, der in Art. 5 der Beistandsklausel im Extremfall die Verteidigung mit Atomwaffen vorsieht. Dabei ist die „Teilhabe“, also die verpflichtende Lagerung dieser Waffen in einem Mitgliedsstaat, welches selbst nicht zu den Besitzenden gehört, keinesfalls bindend, wie das Beispiel von Kanada zeigt, das seit 1984 keine Atomwaffen mehr lagert, und Griechenland (seit 2000).

Die Gefahren, die vom Einsatz von Atomwaffen ausgehen, benennt der Außenminister mit dürren Worten. Das ganze unfassbare Ausmaß der Folgen benennt IPPNW (internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs): Ein regionaler Atomkrieg, in dem nur 100 Atomwaffen eingesetzt würden, bedeutete den Tod von Millionen ziviler Opfer, für die effektive humanitäre Hilfe unmöglich wäre; ein solcher Krieg hätte zudem katastrophale Auswirkungen auf das globale Klima mit unwägbarer Folgen.

Heiko Maas schreibt: „Ausrüstungsspiralen machen die Welt nicht sicherer“. Das hat längst jeder in diesem Land begriffen. Der Minister verschweigt jedoch, dass auch die in der Eifel lagernden Atomsprengköpfe vor einer weitreichenden Modernisierung stehen, d.h. sie werden noch treffsicherer, und ihr Zer-

störungspotenzial lässt sich – je nach Bedarf (!) – steuern.

Wenn es dem Außenminister wirklich um Abrüstung und Rüstungskontrolle geht, könnte er glaubwürdig vorgehen und sich dafür einsetzen, dass unser Land den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet, wie bereits 122 Staaten, von denen bis jetzt 55 Staaten diesen Vertrag auch ratifiziert haben.

Jutta-Maria Roth, Königswinter

### Damit der Erstschlag glatt von der Hand geht

Seit der mutwilligen Auflösung des INF Vertrages durch die US Regierung treten einem die Bilder der der nuklear bombardierten japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki wieder vor das geistige Auge. Diesen Geruch des Todes werden die USA niemals ablegen können. Atomare Angriffe waren stets auch Bestandteil der Wintex-Übungen, die bis 1989 in Deutschland stattfanden. Das Szenario bestand darin, dass die Nato in einen Konflikt in Jugoslawien eingreifen „musste“, aus dem dann die große Ost-West-Auseinandersetzung resultieren „musste“. Alles zwangsläufig? Nein, Rainer Rupp (Agent Topas, Anm. d. Red.) beschreibt das eigentliche Ziel der Wintex-Übungen so: Die Mechanismen zur Freigabe bzw. zum Einsatz von Atomwaffen einzuüben, damit im Ernstfall alle Prozeduren für einen nuklearen Erstschlag glatt von der Hand gingen. Weitere Ausführungen zu Wintex finden sich bei Rainer Rupp, in „Hauptverwaltung Aufklärung“, Band 1. Er meint, die US-Basis Ramstein, die Kommandozentrale der USA in Kaiserslautern, wären eine der strategischen Optionen einer Bombardierung.

Wer Trump immer noch huldigt, und schützt, macht sich mitschuldig am potenziellen Nuklearkrieg in Europa.

Barbara Hug, Tobel (CH)

Diskussion: frblog.de/inf-2



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Jan Christian Müller** ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“, unter anderem mit Sandro Schwarz, Cheftrainer des Fußballbundesligisten 1. FSV Mainz 05.  
**Sonntag, 11. August, 11 Uhr Sport!**

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.  
**Donnerstag, 5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

**Lutz „Bronski“ Büge** stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.  
**Donnerstag, 19. September, 19 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt**

**Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.  
**Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt**

## Moralische Wende

Clemens Tönnies: „Am Ball gegen rechts“, FR-Meinung vom 7. August

Könnte es sein, dass legales Massenschlachten von Tieren, unseren Mitgeschöpfen, wie es in Tönnies' Unternehmen industriell praktiziert wird, nicht nur zur Reduktion von Tieren zur Ware, sondern auch zu mangelndem Respekt gegenüber Mitmenschen (hier: Afrikaner) führen kann – natürlich nicht muss? Der Fall Tönnies sollte Anlass für ein grundsätzliches Nachdenken über Werte und Verhaltensweisen in der einen Welt sein. Dazu passen zwei wegweisende, möglicherweise provozierende Zitate: „Solange es Schlachthäuser gibt, wird es auch Schlachtfelder geben“ (Leo Tolstoi) und „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will“ (Albert Schweitzer). Eine wahre „geistig-moralische Wende“, wie sie Bundeskanzler Helmut Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft zwar angekündigt, aber nicht in die Tat umgesetzt hat, tut not.

Bernhard Erkelenz, Solingen

## Längst erledigt

Zu: „Weil Gorbatschow es doch ernst meinte“, FR-Feuilleton vom 27. Juli

Nicht die Bevölkerung Ostdeutschlands sei Verursacher der friedlichen Revolution, so der Artikel, sondern Entscheidungen der sowjetischen Regierung in den 1980er Jahren. Das ist natürlich richtig, und doch ist die historische Frage nach Ursache und Wirkung in doppelter Hinsicht deplatziert. Die Menschen, die in Leipzig, Dresden und anderen Städten der DDR auf die Straße gegangen sind, wussten eben nicht, ob hinter der nächsten Ecke sowjetische Panzer stehen und sie, wie hunderte Demonstranten Monate zuvor u.a. in Peking oder Tiflis, ihr Leben verlieren werden. Wir können dankbar sein, dass wir im Jahr 2019 solche Entscheidungen nicht treffen müssen. Für die Teilnahme an „Fridays for Future“ riskiert mein Kind nicht sein Leben. Ich, 1982 in der DDR geboren, habe großen Respekt vor der Unerschrockenheit, dem demokratischen Engagement und dem Mut der Menschen. Wir sollten nicht darüber philosophieren, wer welchen Einfluss auf die Entwicklungen hatte, sondern wir sollten jenen unseren Respekt zollen, die für Demokratie, Freiheit und Bürgerrechte ihr Leben riskiert haben. Für ehemalige DDR-Bürger, die Rückgrat gezeigt haben, muss der Artikel wie reinster Spott klingen. Wenn wir die Ereignisse auf solche Darstellungen reduzieren, machen wir es Rattenfängern im Osten leicht. Auf AfD-Plakaten steht „Wende 2.0“, „Der Osten steht auf“, „Die Wende vollenden“. Ein Plakat ärgert besonders: „Schreib' Geschichte“. Dabei haben das die Menschen der DDR doch schon längst getan.

Anke Dreier-Horning, Potsdam

## Das Gewicht muss so gering wie möglich sein

Zu: „Brennstoffzelle oder E-Auto?“, FR-Wirtschaft vom 30. Juli

Beim Vergleich Brennstoffzelle und Batterie-Auto heißt es anfangs: „Grundsätzlich haben Autos mit Brennstoffzelle die Nase vorn“. Und gleich im nächsten Satz wird relativiert: bei Reichweiten über 250 Kilometern. Später heißt es dann, dass selbst mit worst case für Brennstoffzellenautos (Wasserstoff aus fossilem Erdgas) deren ökologischer Fußabdruck weniger klimaschädlich sei als der von E-Autos. Und am Ende: „Beide Antriebsarten können sich ergänzen“. Was denn nun?

Da ergänzt sich nichts, denn beide ermöglichen von vornherein mit dem gängigen Fahrzeuggewicht (1,5 bis zwei Tonnen) keinen Klimaschutz. Die üblichen Verbrenner verursachen für Herstellung und späteres Recycling sechs bis zehn

Tonnen CO<sub>2</sub>. Klimaschutz erlaubt aber nur zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr für die gesamte Lebensweise. Wichtiger als der Antrieb ist das Gewicht, das so gering wie irgend möglich sein muss. In der Praxis sind das seit über 20 Jahren rund 250 Kilo, Begriff Leicht-Elektromobil.

Auch die Batterie für eine Reichweite von 250 Kilometern und mehr ist von vornherein unvereinbar mit Klimaschutz. Wenn richtig festgestellt wird, dass „der Rucksack an Treibhausgasen bei E-Autos mit deren Reichweite steigt“, sollte die Schlussfolgerung doch eine für den Alltag ausreichende Reichweite von eventuell 80 bis 100 Kilometern (oder sogar weniger) sein. Und nicht Batterien spazieren zu fahren, die ich an 14 Tagen im Jahr nutzen kann.

Der Klimawandel ist keine Mochtegern-Veranstaltung. Gerade hatten wir den Erdüberlastungstag, Stichwort Ressourcenknappheit, der solche Studien überflüssig machen sollte. Es gibt Berechnungen, dass wir nicht einmal die Wassermengen für eine Wasserstoffmobilität haben. Wasserstoff brauchen wir eher für eine Rückverstromung über Power-to-gas. Das Denken in Zusammenhängen fehlt beim Thema Klimaschutz.

Nach Berechnungen von DLR, Ifeu, LBST, DFZ (2015) verbraucht ein Batterieauto etwa 15 kWh auf 100 Kilometer, das Fahrzeug mit Brennstoffzelle 31 kWh, also das Doppelte. Nicht uninteressant, der Auftraggeber der Wasserstoffstudie heißt H2-Mobility.

Klaus Scheithauer, Usingen